

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung zur Jahrestagung 1986 des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß es auf der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank nicht gelungen ist, die auf dem Weltwirtschaftsgipfel von Tokio vereinbarte engere internationale wirtschaftspolitische Kooperation in die Wege zu leiten.

Der Deutsche Bundestag teilt die Auffassung der Bundesregierung, daß ein schrittweiser Abbau des Haushaltsdefizits der Vereinigten Staaten Voraussetzung für den Abbau der gefährlichen Handels- und Zahlungsbilanzungleichgewichte in der Welt ist. Er ist jedoch nicht der Ansicht der Bundesregierung, daß wirtschaftspolitisches Handeln allein von den USA gefordert ist. Vielmehr teilt er die Auffassung der amerikanischen Regierung, daß auch die Partner der Vereinigten Staaten, allen voran die Bundesrepublik Deutschland und Japan, durch größere Anstrengungen zur Stärkung ihrer binnenwirtschaftlichen Entwicklung einen Beitrag zur Beseitigung der Ungleichgewichte leisten müssen.

2. Der Deutsche Bundestag hält größere Anstrengungen der Bundesregierung zur Stärkung der Binnenwirtschaft angesichts von über 2 Millionen Arbeitslosen und der verhaltenen Konjunkturentwicklung auch im nationalen Interesse für dringend nötig. Er hält solches Handeln angesichts des enormen Leistungsbilanzüberschusses und der sehr niedrigen Preissteigerungen auch für möglich.
3. Der Deutsche Bundestag hält die starre Ablehnung einer expansiveren Wirtschaftspolitik durch Bundesregierung und Bundesbank für unverantwortlich. Sie wird dazu beitragen, den Aufwertungsdruck auf die Deutsche Mark und damit die konjunkturellen Risiken zu verstärken. Sie wird auch den Kräften im Amerikanischen Kongreß, die protektionistische Maßnahmen fordern, weiteren Auftrieb geben.
4. Der Deutsche Bundestag ist sich bewußt, daß die Bundesrepublik Deutschland allein nicht Lokomotive der Weltwirtschaft

sein kann. Er sieht aber auch, daß die Bundesrepublik Deutschland großes wirtschaftliches Gewicht in Europa besitzt und deshalb herausragende Verantwortung trägt. Eine Politik für mehr Beschäftigung in Europa ist ohne entsprechende deutsche Weichenstellung kaum möglich. Es ist daher Aufgabe der Bundesregierung, mit einer expansiveren Wirtschaftspolitik voranzugehen und die anderen Staaten Europas zum Mitmachen zu bewegen. Wenn Europa als größter Handelsblock der Welt stärker expandiert, wird dies die Weltwirtschaft stützen und einen Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte erleichtern.

5. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

1. die öffentliche Investitionstätigkeit insbesondere im Umweltbereich zu verstärken und dazu das von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vorgeschlagene Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ einzurichten;
2. das für Januar 1988 vorgesehene Steuerentlastungspaket so umzustrukturieren, daß die Entlastung vorrangig den unteren Einkommensgruppen zugute kommt. Dies wird mehr zur Nachfragestärkung beitragen, ist also nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, sondern auch ökonomischer Vernunft.

Der Deutsche Bundestag hält darüber hinaus eine weitere Zinssenkung für dringend notwendig. Er sieht darin keine Gefahr für die Preisstabilität.

6. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Auseinandersetzung über Zinsen, Wechselkurse und den wirtschaftspolitischen Kurs das eigentliche Hauptthema der Weltbank-Jahrestagung, das internationale Verschuldungsproblem, verdrängt hat. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß es in den vier Jahren seit Ausbruch der internationalen Verschuldungskrise nicht gelungen ist, über ein Krisenmanagement hinaus zu tragfähigen Lösungen für die Verschuldungsprobleme in der Dritten Welt zu gelangen.

Der Deutsche Bundestag hält es für dringlich, für die von der Verschuldungskrise betroffenen Länder durch eine langfristige und an der Leistungskraft dieser Länder orientierten Umschuldung der Altkredite Spielraum für neue Entwicklungschancen zu schaffen. Banken und Industrieländer werden dazu Opfer bringen müssen. Er fordert die Bundesregierung auf, endlich Vorschläge in diesem Sinne zu erarbeiten.

Bonn, den 15. Oktober 1986

Dr. Vogel und Fraktion